

Sechs kolumbianische Abgeordnete sind nach Havanna gereist, um dort mit der Verhandlungsdelegation der FARC über einen möglichen Einstieg der Guerrilla in die parlamentarische Politik zu sprechen.

Frederic Massé ist Leiter des Instituts für Forschung und besondere Projekte(CIPE) an der Fernuniversität Kolumbiens und analysiert die Gespräche (EL ESPECTADOR online, 7.3.2013)

Die FARC in der Politik?

Das Paradox ist illustrativ: Während sechs Abgeordnete die FARC in Havanna besuchen, um mit ihr über eine politische Beteiligung und die Opfer des Konflikts zu sprechen, erklärt die Guerrilla ihr Desinteresse, an Wahlen zum Kongress teilzunehmen.

Die Frage einer eventuellen Teilnahme der FARC in der politischen Arena ist ziemlich komplex, aber über das Problem hinaus, welche juristischen und politischen Garantien die kolumbianische Regierung und die kolumbianische Gesellschaft dafür zu geben bereit sind, geht es darum, inwieweit das Projekt tragfähig ist, die Guerrilla in eine politische Partei umzuwandeln. Das heißt, nicht nur ihre Fähigkeit, von der Gewalt zur Politik zu finden, sondern auch ihr Überleben als politischer Akteur und ihr Einfluss auf die Politik stehen zur Debatte.

Die FARC verkennt nicht, dass die Transformation einer bewaffneten Organisation in eine Partei eine riskante Wette darstellt. Akzeptiert sie die Spielregeln der Demokratie, beinhaltet dies das Risiko, dass die bewaffnete Organisation es nicht schafft, ihre Macht in Wählerstimmen zu verwandeln und somit auf kurze Sicht ohne politische Repräsentanz dasteht. Weil Wahlen häufig einen Effekt produzieren, der darauf hinausläuft, dass der Sieger alles bekommt, indem er mit einer Parlamentsmehrheit seine Projekte allein durchsetzen kann, können die demokratischen Mechanismen dazu führen, dass neu gegründete Parteien in ihrer Existenz bedroht sind. Wenn politische Verhandlungen sich darauf beschränken, die Reintegration illegaler Gruppen ins politische System und ihre Teilnahme an Wahlen zu erreichen, dann besteht das Risiko, dass eine solche Verhandlung den Keim des Verschwindens oder der Zersetzung einer bewaffneten Gruppe in sich trägt, wenn diese sich auf Verhandlungen einlässt.

Um diese Risiken zu mildern, haben viele bewaffnete Gruppen sich auf Verhandlungen mit dem Ziel eines "Power Sharing" eingelassen, d.h. eine geteilte Machtausübung. In Kolumbien gibt es Vorschläge, bestimmte Wahlkreise für die FARC zu reservieren, was ihr garantieren würde, dass einige ihrer Kandidaten in die Parlamente einzögen. Gleichwohl sind solche Schemata gut gemeinte, aber irriige Lösungen.

Die gemeinsame Machtausübung ist fragwürdig, weil sie erstens nicht sehr demokratisch ist und weil sie die Zementierung politischer Konstellationen fördert. In der Tat trägt eine Abmachung, die einer politischen Minderheit bestimmte Vorteile zuerkennt, dazu bei, dass in Frage gestellt wird, wieso eine solche Gruppe diese Vorteile zuerkannt erhält, ohne entsprechend bedeutend und politisch repräsentativ zu sein.

Zweitens kann die Teilung der Macht lediglich fiktiv sein. Daher wird oftmals eine Partei mehr gewinnen als die andere, obgleich die Übereinkunft gewöhnlich als Lösung ohne Verlierer dargestellt wird.

Schließlich besteht das Problem eines Power Sharing darin, dass in der Praxis politische oder administrative Verantwortung gewöhnlich nur ein paar hohen Rängen der bewaffneten Gruppe zuerkannt wird, was die Wirksamkeit dieses Modells stark einschränkt.

Unter diesen Bedingungen scheinen die Perspektiven einer Einflussnahme der FARC auf das zukünftige politische Leben in Kolumbien recht begrenzt zu sein. Beim Eintritt in den formellen

Beginn der Verhandlungen über den zweiten Punkt der Verhandlungsagenda (politische Partizipation) kann die FARC nicht ignorieren, dass sie nicht die Mehrheit der kolumbianischen Bevölkerung repräsentiert und bei Verhandlungen über ihre künftigen Beteiligungsrechte ihre Spielräume recht eingeengt sind.

Was steht dann wirklich im Hintergrund des erklärten Willens zur Integration ins politische Leben, wenn die FARC nicht auf den Einzug in den Kongress setzt?

Nach meiner Meinung hat die Beteiligung der Guerrilla an der Politik zu tun mit einem viel grundsätzlicheren und symbolischen Element ihres Anspruchs, nämlich dem ihrer Anerkennung und ihrer Rechte.

Betrachten wir es wie der deutsche Philosoph Axel Honneth- der damit die Position Hegels aufgreift- wonach soziale Konflikte schlussendlich ein Kampf um Anerkennung sind, dann geht es nicht um simple Transaktionen oder ums Schachern, und auch nicht darum "einfach Recht zu haben"(Hannah Arendt). Ob es uns gefällt oder nicht, es geht um die Anerkennung der Legitimität der Guerrilla, damit sie am politischen Leben teilnehmen kann, das heißt, um die Anerkennung, dass ihr Kampf ein politischer war und dass sie ein sichereres und transparenteres Umfeld benötigt, um politisch überleben zu können.

Auf den ersten Blick scheint eine Übereinkunft über diese Punkte nicht unerreichbar zu sein. Auch wenn noch viel zu tun bleibt, um die Figur des "inneren Feindes" abzubauen, hat die Regierung doch einige der Forderungen implizit oder explizit anerkannt.

Trotzdem erfordert die Teilhabe am politischen Leben auch viele wichtige Einsichten auf Seiten der Guerrilla: Erstens die Anerkennung, dass Kolumbien keineswegs vor einer politischen Umwälzung steht und dass die politische Ordnung nicht in Frage steht. Zweitens muss sie erkennen, dass mit dem Eintritt in den demokratischen Wettbewerb nicht weiter alle möglichen Formen des Kampfes praktiziert werden können. Drittens kann die FARC keine tiefgreifenden strukturellen Änderungen gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen. Und schließlich gehört dazu auch die Einsicht, dass der Einfluss auf das politische Leben auch Klarheit darüber erfordert, wie und als was man denn anerkannt werden möchte.

In einer Vielzahl von Friedensverhandlungen ist dieser letzte Punkt der am häufigsten vergessene. Von Feinden zu politischen Gegnern zu werden erfordert ein Denken, das über das bloße Niederlegen der Waffen, den Verzicht auf Gewalt und die Teilnahme an Wahlen hinausgeht. Es erfordert das Wissen darum, welche Rolle man spielen will und wie man sie spielen will, d.h. welche Art Akteur will man in Zukunft sein. Sollte die FARC wirklich Erwartungen hinsichtlich ihrer Teilnahme an der Politik hegen, dann kann sie nicht ignorieren, dass es Unterschiede ausmacht, ob man politische Partei, soziale Bewegung, Nicht-Regierungsorganisation oder eine Gewerkschaft sein möchte und dass es schwierig ist, alles das gleichzeitig zu sein.